

VERORDNUNGSBLATT

DER MARKTGEMEINDE

ST. MARIENKIRCHEN AN DER POLSENZ

Jahrgang 2025

ausgegeben am 15. Dezember 2025

www.ris.bka.gv.at

Nr. 2 Verordnung: Verordnung des Gemeinderates der Marktgemeinde St. Marienkirchen der
Polsenz über die Erlassung einer Wassergebührenordnung

Verordnung

des Gemeinderates der Marktgemeinde St. Marienkirchen an der Polsenz vom 11. Dezember 2025, über den Beitrag an die gemeindeeigene Wasserversorgungsanlage (Wasserleitungsanschlussgebühr) und über die Einhebung einer Wasserbenützungsgeld für den Bezug von Trink- und Nutzwasser aus der gemeindeeigenen Wasserversorgungsanlage.

Auf Grund des Oö. Interessentenbeiträge-Gesetzes 1958, LGBI. Nr. 28/1958 und des Finanzausgleichsgesetzes 2024, BGBl. I Nr. 168/2023, jeweils in der geltenden Fassung, wird verordnet:

§ 1

Anschlussgebühr

Für den Anschluss von Grundstücken an die gemeindeeigene, öffentliche Wasserversorgungsanlage der Marktgemeinde St. Marienkirchen an der Polsenz (im folgenden Wasserversorgungsanlage) wird eine Wasserleitungsanschlussgebühr erhoben. Gebührenpflichtig ist der Eigentümer der angeschlossenen Grundstücke, im Falle des Bestehens von Baurechten der Bauberechtigte. Bei mehreren Eigentümern besteht die Gebührenpflicht zur ungeteilten Hand.

§ 2

Ausmaß der Anschlussgebühr

- (1) Die Wasserleitungsanschlussgebühr für **bebaute Grundstücke** beträgt 17,78 EUR pro Quadratmeter der Bemessungsgrundlage nach Absatz 2, mindestens aber 2.668,00 EUR.
- (2) Die Bemessungsgrundlage für bebaute Grundstücke bildet bei eingeschobiger Bebauung die Quadratmeterzahl der bebauten Fläche, bei mehrgeschoßiger Bebauung die Summe der bebauten Fläche der einzelnen Geschoße jener Bauwerke, die einen unmittelbaren oder mittelbaren Anschluss an die Wasserversorgungsanlage aufweisen.
Bei der Berechnung ist auf die volle Quadratmeterzahl der einzelnen Geschoße abzurunden.
 - a) Weist das Außenmauerwerk eine Stärke von mehr als 40 cm auf, ist in die Berechnung nur eine Mauerstärke von 40 cm einzubeziehen.
 - b) Dachräume, Dach- und Kellergeschoße werden in jenem Ausmaß berücksichtigt, als sie auf Grund ihrer Anordnung und Bauweise ohne größere Umbauarbeiten geeignet sind, für Wohn-, Geschäfts- oder Betriebszwecke bzw. als Kellergaragen genützt zu werden.

- c) Balkone und sogenannte Loggien, die sich innerhalb der Hauptmauern bzw. des Mauerwerkes befinden und nicht in den freien Luftraum hinausragen, zählen nicht zur Bemessungsgrundlage.
 - d) Die Fläche von Heizräumen, Brennstofflagerräumen, Schutzräumen sowie Kellerersatzräumen im Erdgeschoß sowie die Fläche vom Luftraum von Wintergärten und vom Luftraum von Emporen sind von der Verrechnungsfläche abzuziehen.
 - e) **Kellerbars, Saunen, Waschküchen und Hobbyräume** zählen zur Bemessungsgrundlage.
 - f) **Balkone und Terrassen und -überdachungen** zählen nicht zur Bemessungsgrundlage.
 - g) Die Fläche von überdachten Schutzdächern (ein überdachtes, betretbares, nicht allseits umschlossenes Bauwerk, das vorwiegend dem Schutz vor Witterungseinflüssen dient, wie offene Ständerbauten, Flugdächer, Pavillons und dergleichen, soweit es sich nicht um ein Gebäude handelt) zählt nicht zur Bemessungsgrundlage.
 - h) Nebengebäude mit einer bebauten Fläche von weniger als 15 m² zählen nicht zur Bemessungsgrundlage.
- (3) **Ab- und Zuschläge** zur Bemessungsgrundlage:
Die einzelnen Abschläge werden wie folgt ermittelt:
- a) Für Betriebsgebäude, für die im Verhältnis zur verbauten Fläche nur ein geringer Wasserverbrauch anzunehmen ist, wie z.B. Lagerhallen, Tischlereibetriebe oder KFZ-Werkstätten, beträgt der Abschlag 70 %.
 - b) Für öffentliche Schulen, Kindergärten und Verwaltungsgebäude wird ein Abschlag von 90 % von der Bemessungsgrundlage gewährt.
 - c) Bei landwirtschaftlichen Betrieben sind die Wirtschaftsgebäude (Ställe, Scheunen, Remisen u.dgl.) von der Verrechnungsfläche auszuscheiden.
- Werden Stallungen an die öffentliche Wasserversorgung angeschlossen, so beträgt die Anschlussgebühr dafür
- 79,00 EUR je Stellplatz für Großvieh
 - 39,50 EUR je Stellplatz für Jungvieh und Schafe
 - 11,90 EUR je Stellplatz für Schweine einschl. Ferkel
- (4) Für private Schwimmbecken (inklusive Aufstellpools) und Schwimmteiche mit einem Fassungsvermögen von mindestens 5 m³, die aus der Wasserversorgungsanlage der Marktgemeinde St. Marienkirchen an der Polsenz versorgt werden, wird eine Wasserleitungsanschlussgebühr von 10,20 EUR pro m³ Fassungsvermögen eingehoben.
Die Errichtung von privaten Schwimmbecken und Schwimmteichen mit einem Fassungsvermögen von mindestens 5 m³ ist dem Gemeindeamt innerhalb eines Monats nach Fertigstellung unter Angabe des Fassungsvermögens zur Gebührenbemessung bekannt zu geben.
- (5) Für angeschlossene **unbebaute Grundstücke** ist die Mindestanschlussgebühr gemäß Absatz 1 zu entrichten.
- (6) Bei nachträglichen Abänderungen der angeschlossenen Grundstücke ist eine ergänzende Wasserleitungsanschlussgebühr zu entrichten, die im Sinne der obigen Bestimmungen mit folgender Maßgabe errechnet wird:
- a) Wird auf einem unbebauten Grundstück ein Gebäude errichtet, ist von der ermittelten Wasserleitungsanschlussgebühr die seinerzeit vom Grundeigentümer oder dessen Vorgänger entsprechend dieser Gebührenordnung entrichtete Wasserleitungsanschlussgebühr abzusetzen.
 - b) Tritt durch die Änderung an einem angeschlossenen, bebauten Grundstück eine Vergrößerung der Bemessungsgrundlage ein (insbesondere durch Zu- und Umbau, bei Neubau nach Abbruch, bei Änderung des Verwendungszwecks, Errichtung eines weiteren Gebäudes) sowie Errichtung eines Schwimmbeckens (inklusive Aufstellpools) und eines Schwimmteiches, ist die Anschlussgebühr in diesem Umfang zu entrichten, sofern die der Mindestanschlussgebühr entsprechende Fläche überschritten wird.

- c) Eine Rückzahlung bereits entrichteter Wasserleitungsanschlussgebühren auf Grund einer Neuberechnung nach diesem Absatz findet nicht statt.

§ 3

Vorauszahlung auf die Wasserleitungsanschlussgebühr

- (1) Der zum Anschluss an die gemeindeeigene Wasserversorgungsanlage verpflichtete Gebührenpflichtige gemäß § 1 hat auf die von ihnen nach dieser Wassergebührenordnung zu entrichtenden Wasserleitungsanschlussgebühren Vorauszahlungen zu leisten. Die Vorauszahlung beträgt 50 % jenes Betrages, der von dem betreffenden Grundstückseigentümer oder Anrainer unter Zugrundelegung der Verhältnisse im Zeitpunkt der Vorschreibung der Vorauszahlung als Wasserleitungsanschlussgebühr zu entrichten wäre.
- (2) Die Vorauszahlungen sind nach Baubeginn der gegenständlichen gemeindeeigenen Wasserversorgungsanlage bescheidmäßig vorzuschreiben. Die Vorauszahlung ist innerhalb von zwei Monaten nach Zustellung dieses Bescheides fällig.
- (3) Ergibt sich bei der Vorschreibung der Wasserleitungsanschlussgebühr, dass die von dem betreffenden Gebührenpflichtigen bereits geleistete Vorauszahlung die vorzuschreibende Wasserleitungsanschlussgebühr übersteigt, so hat die Gemeinde den Unterschiedsbetrag innerhalb von zwei Wochen ab der Vorschreibung der Wasserleitungsanschlussgebühr von Amts wegen zurückzuzahlen.
- (4) Ändern sich nach Leistung der Vorauszahlungen die Verhältnisse derart, dass die Pflicht zur Entrichtung einer Wasserleitungsanschlussgebühr voraussichtlich überhaupt nicht entstehen wird, so hat die Gemeinde die Vorauszahlung innerhalb von vier Wochen ab der maßgeblichen Änderung, spätestens aber innerhalb von vier Wochen ab Fertigstellung der gemeindeeigenen Wasserversorgungsanlage, verzinst mit 4 % pro Jahr ab Leistung der Vorauszahlung, von Amts wegen zurückzuzahlen.

§ 4

Wasserbezugsgebühren

- (1) Die Eigentümer der an die Wasserversorgungsanlage angeschlossenen Grundstücke haben für den Wasserbezug eine Wassergebühr zu entrichten. Diese beträgt bei der Messung des Wasserverbrauches mit Wasserzähler pro Kubikmeter 1,78 EUR.
- (2) Wenn der Wasserzähler unrichtig anzeigt oder ausfällt, ist die verbrauchte Wassermenge zu schätzen. Bei der Schätzung des Wasserverbrauches ist insbesondere auf den Wasserverbrauch des vorangegangenen Kalenderjahres und auf etwa geänderte Verhältnisse im Wasserverbrauch Rücksicht zu nehmen.
- (3) Für die Bereitstellung, den Ein- und Ausbau, die laufende Instandhaltung, Nacheichung und Bedienung des Wasserzählers ist eine Gebühr zu entrichten. Diese Gebühr beträgt für einen Wasserzähler mit einer Durchlaufmenge von

3 m ³ pro Stunde	0,85 EUR je Monat
7 m ³ pro Stunde	1,22 EUR je Monat
20 m ³ pro Stunde	3,20 EUR je Monat
30 m ³ pro Stunde	4,05 EUR je Monat

§ 5

Entstehen des Abgabenspruches

- (1) Der Abgabenspruch für die Wasserleitungsanschlussgebühr entsteht mit dem Anschluss eines Grundstückes an die gemeindeeigene öffentliche Wasserversorgungsanlage.
Der Anschluss gilt als hergestellt, sobald eine Wasserentnahmevorrichtung installiert wurde.

Geleistete Vorauszahlungen nach § 3 dieser Wassergebührenordnung sind zu jenem Wert anzurechnen, der sich aus der Berücksichtigung der in den Quadratmetersatz eingeflossenen Preissteigerungskomponente gegenüber dem zum Zeitpunkt der Vorschreibung der Vorauszahlung kalkulierten Quadratmetersatz ergibt.

- (2) Der Gebührenpflichtige hat jede Änderung, durch die der Tatbestand der ergänzenden Wasseranschlussgebühr gemäß § 2 Abs. 6 erfüllt wird, der Abgabenbehörde binnen einem Monat nach Vollendung dieser Änderung schriftlich zu melden.

Der Abgabensanspruch hinsichtlich der ergänzenden Wasseranschlussgebühr nach § 2 Abs. 6 entsteht mit der Meldung an die Abgabenbehörde. Unterbleibt eine solche Meldung, so entsteht der Abgabensanspruch mit dem Zeitpunkt der erstmaligen Kenntnisnahme der durchgeführten Änderung durch die Abgabenbehörde.-

- (3) Die Verpflichtung zur Entrichtung einer Wasserleitungsanschlussgebühr nach § 2 Abs. 4 dieser Wassergebührenordnung entsteht mit dem Einlangen der Anzeige über die Fertigstellung des Schwimmbeckens bzw. Schwimmteiches, bei Unterbleiben der Anzeige bei Kenntniserlangung durch die Gemeinde.
- (4) Die Wassergebühren sind vierteljährlich zu entrichten, und zwar am 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November eines jeden Jahres. Die ersten drei Vierteljahresraten sind in gleich hohen Pauschalbeträgen und die letzte Vierteljahresrate als Abrechnungsbetrag, der sich auf Grund der Wasserzählerstände bzw. Schätzung nach § 4 Abs. 2 dieser Verordnung ergibt, vorzuschreiben.
- (5) Für Bauten, für die nach den bisher geltenden Bestimmungen der Abgabensanspruch noch nicht entstanden ist, für die jedoch nach dieser Verordnung der Abgabensanspruch bereits bestünde, entsteht der Abgabensanspruch mit Inkrafttreten dieser Verordnung.

§ 6

Umsatzsteuer

Die in dieser Verordnung enthaltenen Gebührensätze erhöhen sich im Ausmaß der gesetzlichen Umsatzsteuer.

§ 7

Jährliche Anpassung

Die Gebühren können vom Gemeinderat jährlich im Rahmen des Gemeindevoranschlags angepasst werden.

§ 8

Inkrafttreten

Die Rechtswirksamkeit dieser Wassergebührenordnung beginnt mit 1. Jänner 2026. Gleichzeitig treten alle bisherigen diesen Gegenstand regelnden Verordnungen außer Kraft.

Der Bürgermeister:
Harald Grubmair



Dieses Dokument wurde amtssigniert.

Informationen zur Prüfung der elektronischen Signatur und des Ausdrucks finden Sie unter: <https://www.st-marienkirchen-polsenz.ooe.gv.at/amtssignatur>

Signatur aufgebracht von Andrea Kroiss, 15.12.2025 16:49:12